

NATO raus aus Libyen!

Hände weg von Syrien!

Seit über fünf Monaten führen die USA, Frankreich und Großbritannien mit Unterstützung der NATO Krieg gegen Libyen und bombardieren Tag für Tag und Nacht für Nacht libysche Städte im Schnitt fast 60 Angriffe pro Tag. Neben militärischen Zielen wurden dabei zunehmend zivile Einrichtungen, wie Häfen, Fabriken, Telefonanlagen, Raffinerien und sogar Nahrungsmitteldepots zerstört. Niemand hat die Opfer der Bomben gezählt, insgesamt wird die gesamte Zahl der Kriegstoten auf 30.000 geschätzt. Nach monatelangem Patt gelang den Angreifern der Einmarsch in die sturmreif geschossene Hauptstadt. Von einem „Sieg der Rebellen“ kann jedoch keine Rede sein, es war allein die NATO, die durch eine Intensivierung des Luftkrieges und den Einsatz von Elitetruppen die Wende erzwang.

Der Krieg begann mit Lügen

Von der UN-Resolution 1973 war dieser Krieg zum Sturz des libyschen Regimes zu keiner Zeit gedeckt. Diese erlaubt zwar interessierten Mächten den Einsatz militärischer Mittel, aber nur zur Erzwingung eines Flugverbots und zum Schutz der Zivilbevölkerung. Im ersten und damit zentralen Artikel fordert sie einen sofortigen Waffenstillstand und „einen Dialog über die für eine friedliche und dauerhafte Übereinkunft notwendigen Reformen.“ Genau das also, was die Kriegsallianz anschließend mit aller Macht verhinderte. Stattdessen bemühte diese sich von Beginn an, der verbündeten Koalition von Gaddafi-Gegnern den Weg nach Tripolis freizubomben. Schon die Resolution selbst ist mit internationalem Recht kaum vereinbar. Vor allem basiert sie auf falschen Behauptungen. Die Vorwürfe, die libysche Regierung hätte die Luftwaffe gegen friedliche Demonstrationen eingesetzt, waren schon – wie u.a. Stellungnahmen des Pentagon oder der Bundesregierung zeigen – zum Zeitpunkt der Verabschiedung haltlos gewesen.

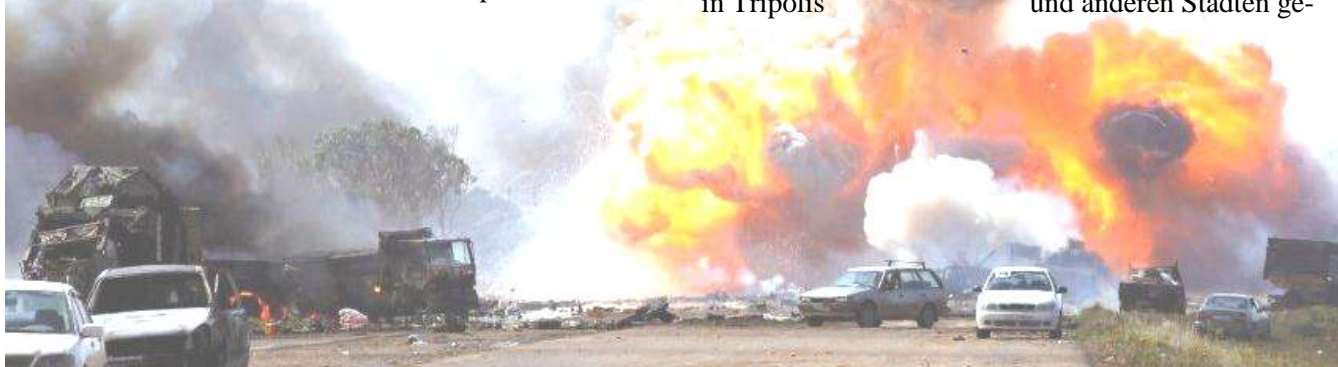
Imperiales Verbrechen

Die Diskrepanz der Darstellung des Krieges könnte kaum größer sein: Während westliche Medien vom Sieg des Volkes über Gaddafi berichten, wird der Sturm von Tripolis in La-

teinmarika, Afrika und Asien als imperiales Verbrechen verurteilt. 200 prominente afrikanische Künstler, Wissenschaftler und Politiker prangern z.B. in einer gemeinsamen Erklärung Frankreich, die USA und Großbritannien als „Schurkenstaaten“ an, und bezeichnen deren Politik als „ernsthafte Gefahr einer neuen Kolonialisierung“ des Kontinents. Hierzulande wird hingegen hartnäckig am Bild einer „demokratischen Revolution“ festgehalten, deren Entfaltung durch die NATO geschützt wurde.

Dabei war von Anfang klar, dass sich die Aufständischen nur dank der militärischen Unterstützung der Kriegsallianz halten konnten. Deren geringe Stärke und der anhaltende große Rückhalt für das bisherige Regime zwang die NATO-Mächte schließlich, die letzte Rücksicht auf die UN-Resolution 1973 fallen zu lassen und mit eigenen Truppen selbst die Führung beim Sturm auf die Hauptstadt zu übernehmen.

Nachdem immer offensichtlicher wurde, dass die in sich zerstrittenen Rebellen es aus eigener Kraft nicht schaffen werden, setzte man zunächst darauf, die Bevölkerung im Westen durch Bombenterror und zum Aufstand zermürben und zwingen zu können. Die riesigen Demonstrationen im Juli, bei denen Hunderttausende in Tripolis und anderen Städten ge-



gen die NATO und ihre lokalen Verbündeten demonstrierten, machten diese Hoffnung zunichte. So blieb nur noch Plan B – den Feldzug am Boden selbst in die Hand zu nehmen und einen eigenen „Aufstand in Tripolis“ zu inszenieren.

Offensive mit Bomben und Elitetruppen

Mit Beginn des islamischen Fastenmonats Ramadan begann die Kriegsallianz ihre Offensive, die ab Mitte August zum Durchbruch führte. Indem die acht kriegsführenden NATO-Mächte ihre Luftangriffe nun auf die Vormarschroute der Rebellenverbände konzentrierten, bombten sie diesen sukzessive den Weg frei – sie „weichten“ die Angriffsziele für die Rebellen „auf“, wie es US-Experten bezeichnen. Ein solches „Aufweichen“ durch flächendeckende Bombardierung kostete allein in dem Dorf Majer, nahe der umkämpften Stadt Sliten über 80 Männer, Frauen und das Leben.

Wie anschließend immer deutlicher ans Licht kam, hatten britische und französische Elite-Einheiten, unterstützt von jordanischen und katarischen Spezialkräften die Führung beim Vormarsch übernommen. Diese Elitetruppen gaben den NATO-Bomber die genauen Zielkoordinaten und steuerten das Eingreifen der Kampfjets in die Bodenkämpfe. Sobald die Verteidiger gezwungen waren, sich den Angreifern entgegenzustellen, wurden sie von Kampfjets und Hubschraubern unter Feuer genommen. Chinesische Journalisten sahen, dass alle Häuser entlang der Straßen, auf denen die Angreifer anrückten, zerbombt, ausgebrannt oder völlig dem Erdboden gleichgemacht waren. Ein solcher Krieg verstößt nicht nur klar gegen das UN-Mandat, mit dem die NATO-Mächte ihre militärische Intervention rechtfertigen. Es ist ein klarer Verstoß gegen internationales Recht, das solche Aggressionskriege als Menschheitsverbrechen wertet.

Die Unverfrorenheit, mit der Frankreich, Großbritannien, die USA und ihre Verbündeten vor den Augen der Welt ein Land mit sechseinhalb Millionen angriffen, verwüsteten und dessen anerkannte Regierung stürzten, ist für das Welt außerhalb Europas und Nordamerikas alarmierend. Dort ist allen klar, dass der neue Krieg der NATO auch diesmal nicht zum Schutz der Zivilbevölkerung geführt wird, sondern für den unmittelbaren Zugriff auf die libyschen Öl- und Gasvorräte, sowie die Sicherung und Ausweitung westlicher Dominanz auf dem gesamten afrikanischen Konti-

ment. Russische, afrikanische und lateinamerikanische Politiker und Experten sehen nun die große Gefahr, dass Syrien bald das gleiche Schicksal blüht.

Ungeachtet dessen feiern westliche Politiker und Medien die „Befreiung“ Libyens. Die ersten westlichen Ölkonzerne und Großbanken sind schon vor Ort dabei, die ersten Früchte des Krieges einzusammeln während russische und chinesische Firmen um Beteiligungsabkommen in Wert von Zig Milliarden Dollar bangen.

Und führende deutsche Politiker aus CDU, SPD und Grüne heulen wie eine Meute eingesperrter Jagdhunde darüber, dass Deutschland sich nicht voll und ganz an diesem lukrativen Feldzug beteiligt hat.

Neues Protektorat

An ein baldiges Ende der Kämpfe in Libyen ist nicht zu denken, noch weniger an eine demokratische Entwicklung. Auch wenn die NATO und ihre Verbündeten endgültig die Oberhand im Land gewinnen, ist nicht zu erwarten, dass sich das Gros der Bevölkerung nun den Eroberern, die für die für Verwüstung ihrer Städte verantwortlich sind, ohne weiteres unterordnet. Der Widerstand wird daher, wie im Irak, in anderer Form weitergehen. Die Anti-Gaddafi-Koalition wird, nach Ansicht vieler Experten, den Sturz des gemeinsamen Feindes hingegen kaum lange überdauern, viele sehen die Gefahr somalischer Verhältnisse. Planungen für die Entsendung von Besatzungstruppen sind daher offenbar seit langem in Gange. Als Vorbild soll die Kosovo-Mission dienen, die nach Ende des Jugoslawienkrieges 1999 aus der abtrünnigen serbischen Provinz ein Protektorat machte. Die 54 Staaten der Afrikanischen Union (AU), die den nationalen Übergangsrat der Rebellen nicht als Vertretung Libyens anerkennen, fordern stattdessen weiterhin eine Verhandlungslösung und die Bildung einer Übergangsregierung, die alle relevanten Kräfte, inklusive die des bisherigen Regimes, einbindet.

Bisher hatte Libyen den höchsten Lebensstandard in Afrika. Damit ist es nun auf absehbare Zeit vorbei, den der Preis den Libyer für ihre „Befreiung“ zahlen müssen ist, so die chinesische Nachrichtenagentur enorm: „Der sechsmonatige Krieg hat die libysche Wirtschaft vollständig gelähmt, die lebenswichtige Ölindustrie ruiniert, das Land zwischen Ost und West gespalten, Stämme aufeinander gehetzt und lässt eine hohe Zahl von Opfern zurück.“

Wir fordern:

- **Sofortige Einstellung aller NATO-Angriffe – sofortiger Rückzug aller Soldaten und Söldner der Kriegsallianz**
- **Unterstützung der Initiativen der AU und anderer unparteiischer Organisationen zur Beendigung des Konflikts und Wahrung der staatlichen Einheit Libyens**
- **Beendigung jeglicher deutscher Kriegsunterstützung – Schließung aller ausländischer Militärbasen und -flughäfen**
- **Auflösung der NATO – Austritt Deutschlands aus dem Militärpakt**